

# entdecken

realisiert, was der Rechtsrutsch bedeutet.



Peter Schneider (Keystone)

Bundesrat im Abstimmungskampf

## Bersets «Übereifer» gibt zu reden

War das noch Information oder schon Propaganda? Alain Bersets Einsatz wird unterschiedlich bewertet.

Stefan Häne

Bis zum Schluss hat Alain Berset für die Rentenreform gekämpft - eine Vorlage, in die er sein ganzes persönliches Prestige investiert hat. Nachdem er Dutzende von Auftritten absolviert und Interviews gegeben hatte, setzte Berset am Freitag zum Schlusspunkt an. Per Twitter rief er dazu auf, ein Ja für die Rentenreform in die Urne zu legen. Die Reaktionen liessen nicht auf sich warten: «Meines Wissens ein Novum», schrieb Politexperte Claude Longchamp. Felix Schneuwly von Comparis bezeichnete Bersets «Ehrgeiz und Übereifer» bereits am Samstag als womöglich kontraproduktiv.

SP-Parlamentarier nehmen ihren Bundesrat in Schutz: «Gescheitert ist die Vorlage sicher nicht an Alain Berset», sagt Nationalrätin Barbara Gysi. Sie attestiert Berset «mutiges Engagement»: «Wir brauchen eine Regierung, die den Dialog mit der Bevölkerung sucht und pflegt.» Berset selber hält es für eine «gute Sache, sich so stark zu engagieren», wie er am Abstimmungssonntag sagte. Klar ist: Das Bundesgesetz über die politischen Rechte schreibt vor, dass der Bundesrat die Stimmberechtigten «kontinuierlich» informiert. Der Bundesrat muss dabei allerdings die Grundsätze der Vollständig-

keit, Sachlichkeit, der Transparenz und der Verhältnismässigkeit beachten. Die von der SVP unterstützte «Maulkorbinitiative» wollte dem Bundesrat vor Urnen-gängen praktisch jegliche Informations-tätigkeit verbieten. Das Stimmvolk verwarf das Anliegen 2008 wuchtig.

### Ein schmaler Grat

Das ändert aber nichts daran, dass der Grat zwischen Information und Propaganda schmal ist. Ob ein Bundesrat auf die eine oder andere Seite kippe, sei objektiv schwer feststellbar - und hänge stark davon ab, ob man mit seiner Position einverstanden sei, sagt Politologe Georg Lutz. Sein Kollege Marc Bühlmann sieht in Bersets Tweet keine Grenzüberschreitung. «Es ist allenfalls darüber zu diskutieren, wann die Behörden welche Informationskanäle nutzen dürfen.» Laut Bühlmann können solche Aufrufe das Stimmvolk tatsächlich mobilisieren.

Die Rentenreformgegner haben Bersets Abstimmungskampf mit gemischten Gefühlen mitverfolgt. So ärgerten sich viele von ihnen über die Vehemenz, mit der Berset für die Vorlage weibelte. Ebenso ausgeprägt in ihren Reihen war aber auch die Hoffnung, dass Berset als Vertreter einer Polpartei grosse Mühe haben würde, die Vorlage als Kompromiss zu verkaufen. Anders als zum Beispiel CVP-Bundesrätin Doris Leuthard, die als Vertreterin der Mitte die Energiestrategie 2050 als Projekt des Ausgleichs glaubwürdig anpreisen konnte - und damit Erfolg hatte: Das Stimmvolk hiess die Vorlage im Mai gut.

## Nein-Kampagne verfiel bei Jungen gut, bei Älteren schlecht

Die Altersvorsorge 2020 stiess bei den am direktesten Betroffenen auf den grössten Widerstand. Das zeigt die Tamedia-Nachbefragung.

Fabian Renz  
Bern

War es primär die ordnungspolitische Disziplin des Schweizer Stimmvolks, die zum Scheitern der Altersvorsorge 2020 führte? So jedenfalls interpretiert es die FDP-Präsidentin Petra Gössi: Die Mehrheit der Bevölkerung wolle keinen Ausbau der AHV um 70 Franken, erklärte Gössi im Interview mit dem TA. Die Tamedia-Nachbefragung legt allerdings nahe, dass die Motivation der Nein-Stimmenden vielschichtiger gewesen sein könnte.

Wie die über 10 000 ausgewerteten Antworten nämlich zeigen, beurteilten Frauen die Reform deutlich skeptischer als Männer. Hätten am Sonntag nur Männer abgestimmt, wären die zwei miteinander verknüpften Vorlagen womöglich durchgekommen: Das Paket mit den Gesetzesänderungen wurde von 51 Prozent der männlichen Umfrageteilnehmer gutgeheissen, die höhere Mehrwertsteuer zugunsten der AHV von 54 Prozent. Bei den Frauen hingegen kam die Zusatzfinanzierung nur auf einen Ja-Anteil von 46 Prozent, die eigentliche Reformvorlage gar nur auf 42 Prozent.

Zwar wurde in der Umfrage nicht erhoben, welches Argument den Ausschlag für die eine oder die andere Entscheidung gab. Die Skepsis der Frauen scheint allerdings ein Indiz dafür zu sein, dass die radikale Linke mit ihren Narrativen durchaus Anklang fand: Für Frauen hätte die Reform sehr viel direktere Auswirkungen gehabt als für Männer, wäre doch ihr Rentenalter von 64 auf 65 Jahre gestiegen. Diese Erhöhung vor allem war es, die den Widerstand von links aussen befeuerte.

### Je jünger, desto skeptischer

Bei den Jungen wiederum haben FDP und SVP offenbar den Nerv getroffen. Hier ist der Trend eindeutig: Je jünger die Stimmberechtigten, desto eher legten sie ein Nein ein. Von den 18- bis 34-Jährigen äusserten sich nur 43 Prozent positiv zu den beiden Vorlagen. Mit zunehmendem Alter steigt der Ja-Stimmen-Anteil kontinuierlich. Bei den 50- bis 64-Jährigen hat zumindest die Zusatzfinanzierung eine Mehrheit (53 Prozent), bei den über 65-Jährigen sind es sogar beide Vorlagen: 57 Prozent für die höhere Mehrwertsteuer, 53 Prozent für das Reformpaket.

In der Kampagne der bürgerlichen Gegner wurden die Jungen als Hauptbetroffene gezielt umworben, insbesondere von den Jungfreisinnigen: Die Generation der unter 30-Jährigen müsse am meisten bluten, da ihr mehr vom Lohn abgezogen werde und sie noch am längsten zu arbeiten habe. Überdies ma-

che der vorgeschlagene AHV-Ausbau in Zukunft noch umfangreichere, schmerzhaftere Reformen notwendig. Die Nachbefragung zeigt, dass diese Argumentation verfangen haben könnte. Mit den Frauen und den Jungen hätten somit die zwei am schwerwiegendsten betroffenen Gruppen das Nein herbeigeführt - wenn auch Erstere aus eher «linken», Letztere aus «rechten» Motiven heraus.

### Kein Neid auf die eigenen Enkel

Umgekehrt scheint das rechtsbürgerliche Lager bei der Generation der Pensionierten nicht durchgedrungen zu sein. Im Abstimmungskampf wurden die heutigen Rentner von FDP und SVP als Benachteiligte hingestellt, da nur Neurentner die 70 zusätzlichen AHV-Franken bekommen hätten. Die ältere Generation missgönnte ihren Kindern und Enkeln diesen Zustupf aber offenbar nicht, wie die Umfrage zeigt.

Im Weiteren förderte die Nachbefragung folgende Befunde zutage:

● Grosse Parteientreue: Die Parteien hatten ihre Gefolgsleute bei der Abstimmung gut im Griff. So hiess die Anhängerschaft von CVP, SP, Grünen, Grünliberalen und BDP die Reform mehrheitlich gut - am deutlichsten jene der SP mit 74 Prozent (Gesetzespaket) respektive 76 Prozent (Mehrwertsteuer). Die Basen von FDP und SVP wiederum sagten Nein. Bemerkenswerterweise zeigte sich just

## Hätten nur Männer abgestimmt, wäre die Vorlage wohl durchgekommen.

bei der FDP, die den Kampagnenlead innehatte, die deutlichste innerparteiliche Spaltung: Das Gesetzespaket fand hier immerhin 39 Prozent Zustimmung, die Mehrwertsteuer gar 43 Prozent. Grosse Geschlossenheit zeigte dagegen die SVP. ● Stadt-Land-Graben: Die Bewohner der Städte waren dem Projekt gewogener als die ländlichen Gebiete. Die Städte unterstützten die Reform mit 53 (Gesetzespaket) respektive 55 Prozent (Mehrwertsteuer). Die Landgebiete kommen hier nur auf Werte von 43 und von 47 Prozent. Die Werte der Agglomerationen liegen in der Mitte - ziemlich nahe bei den Endergebnissen der Volksabstimmung (46 und 50 Prozent).

● Skeptische Geringverdiener: Wer 7000 Franken und mehr verdient, stimmte der Reform tendenziell zu. In den Gehaltskategorien darunter hingegen dominierte die Ablehnung. Vor allem die Mehrwertsteuervorlage stiess bei Geringverdienern auf Widerstand. ● Gebildete sagten Ja: Unter Universitätsabgängern liegt die Ja-Stimmen-Quote bei rund zwei Dritteln. Exakt umgekehrt verhält es sich bei jenen, die nur die obligatorische Schule hinter sich gebracht haben.

## FDP erwartet von Berset rasch eine neue AHV-Vorlage

Liberaler wollen dem Volk noch vor 2019 eine Reform der AHV vorlegen. 0,6 Prozent Mehrwertsteuererhöhung und Rentenalter 65 seien mehrheitsfähig.

Markus Brotschi  
Bern

Am Tag nach dem Nein zur Rentenreform gibt es im Parlament nur einen Konsens: Bei der AHV muss rasch gehandelt werden, um eine Schuldenspirale zu verhindern. Für die FDP, die auf bürgerlicher Seite den gegnerischen Abstimmungskampf angeführt hatte, liegt der Ball bei Sozialminister Alain Berset. Es sei nun Sache des Bundesrates, rasch eine neue Vorlage zu bringen, sagte FDP-Präsidentin Petra Gössi gestern. Finanzminister Ueli Maurer habe bei der Unternehmenseinkommenreform vorgezeigt, wie schnell ein Bundesrat nach einer Abstimmungsniederlage reagieren könne. Falls der Bundesrat nicht rasch genug handle, müsse das Parlament die Sache in die Hand nehmen.

In der Wandelhalle kursieren viele Untervarianten des Plans B, den die FDP bereits vor der Abstimmung wie folgt skizzierte: Priorität hat eine separate AVH-Vorlage mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer von 0,6 Prozent, Frauenrentenalter 65 und der Flexibilisierung des Rentenalters. Die SVP schlägt laut Fraktionschef Adrian Amstutz vor, im Parlament 0,3 Prozentpunkte Mehrwertsteuer und Frauenrentenalter 65 zu beschliessen und dem Volk vorzulegen.

### 1 Prozent Mehrwertsteuer?

Doch das Mehrwertsteuerangebot der SVP ist den anderen Parteien zu tief. CVP-Nationalrätin Ruth Humbel hält eine Zusatzfinanzierung von mindestens 1 Prozent für nötig. Auch Alex Kuprecht, SVP-Sozialpolitiker im Ständerat, hält die 0,3 Prozentpunkte für zu wenig, um die Finanzierung der AHV-Renten mittelfristig zu sichern. Kuprecht fordert 0,6 bis 1 Prozent. Zudem will er mit FDP-Ständerätin Karin Keller-Sutter eine soziale Abfederung für Erwerbstätige mit tiefen Einkommen im Gegenzug zum höheren Frauenrentenalter.

CVP und SP, die Verlierer der Abstimmung, warten mit eigenen Vorschlägen zu. Sie fordern von FDP und SVP Klarheit über deren Plan B. Eine Auslegeordnung dürften die Parteien am Treffen mit Sozialminister Berset vornehmen. Berset will die Parteien in einigen Wochen an einen runden Tisch einladen.

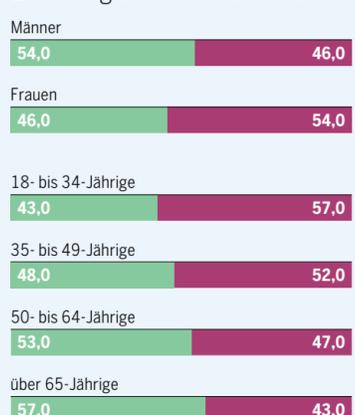
### Abstimmung vor Wahlen 2019?

Während die Verlierer der Abstimmung nicht mit einer raschen Einigung im Parlament für eine Neuaufgabe der Rentenreform rechnen, gibt es in der FDP bereits einen Zeitplan. Ständerat Joachim Eder (ZG) möchte noch vor den Wahlen vom Oktober 2019 das Volk über eine neue AHV-Vorlage abstimmen lassen. Dieser Zeitplan sei realistisch. Allerdings könnte eine Abstimmung über Frauenrentenalter 65 wenige Monate vor den Wahlen ein Steilpass für die Linke sein, die eine Erhöhung des Frauenrentenalters nicht ohne eine Abgeltung bei den AHV-Renten akzeptiert. Eine solche kann laut Eder höchstens aus einer gezielten Abfederung für bestimmte Gruppen bestehen. Ein genereller Rentenzuschlag komme nicht infrage. Eder ist überzeugt, dass das Frauenrentenalter 65 und eine Mehrwertsteuererhöhung um 0,6 Prozentpunkte auch gegen linken Widerstand die Volksabstimmung besteht. Voraussetzung sei, dass weitergehende Pläne auf Eis gelegt würden. Dazu gehöre eine Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre und die Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung. Vorstösse für ein von der Lebenserwartung abhängiges Rentenalter wurden von BDP-Nationalrat Lorenz Hess und CVP-Ständerat Peter Hegglin bereits deponiert. Über Hegglin Vorstoss entscheidet Ende Oktober die Sozialkommission des Ständerates.

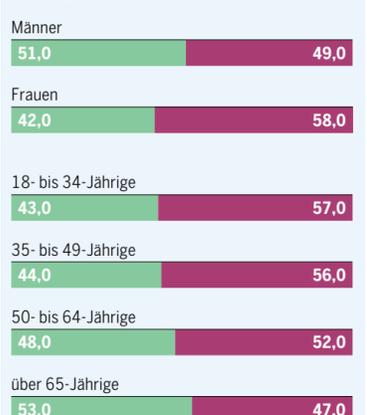
## Tamedia-Nachwahlbefragung: Frauen und Jüngere haben beide AHV-Vorlagen abgelehnt

in % ■ Zustimmung ■ Ablehnung

### Erhöhung der Mehrwertsteuer



### Rentenreform



TA-Grafik mrue/Quelle: Tamedia-Nachwahlbefragung, 10050 Teilnehmende, Umfragezeitraum: 22.9. bis 24.9.2017